

|                          |                            |
|--------------------------|----------------------------|
| <b><u>öffentlich</u></b> | <b>öffentlicher Antrag</b> |
|--------------------------|----------------------------|

|                           |                     |                     |
|---------------------------|---------------------|---------------------|
| Geschäftszeichen<br>3-103 | Datum<br>14.12.2021 | <b>ANT/2021/065</b> |
|---------------------------|---------------------|---------------------|

|                       |                      |                |
|-----------------------|----------------------|----------------|
| <b>Beratungsfolge</b> | <b>Zuständigkeit</b> | <b>Termine</b> |
| Rat der Stadt Wedel   | Entscheidung         | 16.12.2021     |

**Antrag der CDU-Fraktion  
hier: Haushaltssatzung 2022**

**Anlage/n**

- 1      211216 RAT Haushalt Ablehnung Steuererhöhungen

14.12.2021

## Antrag der CDU-Ratsfraktion

zu TOP „Haushalt 2022“ der Ratsversammlung am 16.12.2022.

Der Rat lehnt die vom Bürgermeister vorgeschlagene Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B sowie für die Gewerbesteuer ab, so dass die bisher gültigen Hebesätze von 425% bei der Grundsteuer B sowie bei der Gewerbesteuer von 380% beibehalten werden.

## Begründung

Wedel befindet sich in einer finanziellen Notlage und sein Haushalt ist strukturell unterfinanziert. Der RAT hat vor zwei Jahren auf CDU-Initiative beschlossen, dass der Bürgermeister ein Haushaltskonsolidierungskonzept sowie ein Umstrukturierungskonzept vorzulegen hat.

Das Konsolidierungspapier wird seit anderthalb Jahren von den politischen Gremien beraten, ohne dass bisher signifikante konkrete Einsparungen vorgenommen worden sind. In den Ausschussberatungen wurden vielmehr die wenigen aufgezeigten Einsparvolumina wieder infrage gestellt.

Dabei wären die Vorschläge vom Volumen her nur ein bescheidener Teil, um das enorme Haushaltsdefizit zu verringern. Weitere Schritte, vor allem strukturelle Veränderungen sind nötig. Doch weder Verwaltung noch die politische Mehrheit links der CDU zeigen Bereitschaft, diesen Weg zu beschreiten.

Stattdessen wird einseitig auf Steuererhöhungen zurückgegriffen, ohne dass dabei das Problem auch nur ansatzweise gelöst würde. Weitere Steuererhöhungen sind daher absehbar!

Die einseitige Erhöhung von Gebühren und Steuern, ohne eine gleichzeitige Aufgaben- und Ausgabenkritik lehnen wir ab. Eine solide, nachhaltige Finanzpolitik muss beide Komponenten beinhalten. Steuererhöhungen sind nicht die Lösung von Wedels Finanzproblem. Sie können allenfalls ein Teil der Lösung sein und stehen für die CDU am Ende der Überlegungen, nicht am Anfang.

**Michael C. Kissig**

Finanzpolitischer Sprecher und Vorsitzender der Fraktion